

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Reck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/5328 –

Bürokratiebelastung jetzt umfassend abbauen – Heimische Landwirtschaft sichern

A. Problem

Die antragstellende Fraktion legt dar, zunehmende bürokratische Auflagen hinderten Deutschlands landwirtschaftliche Betriebe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, zu denen insbesondere die Produktion hochwertiger Lebensmittel und die Pflege der Kulturlandschaft gehörten. Gefordert wird eine zügige Entbürokratisierung, die positive Auswirkungen auch auf eine angestrebte Ernährungssouveränität Deutschlands hätte.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/5328 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Hermann Färber
Vorsitzender

Benedikt Büdenbender
Berichterstatter

Christian Reck
Berichterstatter

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatterin

Marcel Bauer
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Benedikt Büdenbender, Christian Reck, Dr. Franziska Kersten, Dr. Ophelia Nick und Marcel Bauer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 72. Sitzung am 17. April 2026 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 21/5328** erstmals beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Trend zu einer wachsenden Zahl an Vorgaben und Auflagen für landwirtschaftliche Betriebe soll umgekehrt und zügig eine Entbürokratisierung eingeleitet werden. Daher soll die Bundesregierung mit dem vorliegenden Antrag aufgefordert werden, auf EU-Ebene neue Auflagen für Landwirte und Tierhalter zu verhindern, sich für eine Vereinfachung der Fördermaßnahmen und -kriterien betreffend den Rahmenplan zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) einzusetzen und bei bestehenden Förderrichtlinien für Land- und Forstwirte im Agrar- und Umweltbereich den Dokumentations- und Antragstellungsaufwand zu reduzieren. Außerdem sollen die Fördersätze in der GAK erhöht werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 36. Sitzung am 6. Mai 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5328 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5328 in seiner 24. Sitzung am 6. Mai 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, die deutschen Landwirte seien mit einer stetig wachsenden Regulierungsdichte konfrontiert. Die ursprünglich zum Zweck der Kontrolle, der Transparenz und der Zielgenauigkeit eingeführten regulatorischen Anforderungen hätten sich zu einer Belastung entwickelt, die in der Praxis kaum zu bewältigen sei. Arbeitszeit, die für Antragsverfahren sowie Dokumentations- und Nachweispflichten aufgewendet werden müsse, fehle für die landwirtschaftliche Tätigkeit, was sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe auswirke. Daher fordere die Fraktion ein Moratorium für neue bürokratische Auflagen. Ferner sollten Förderstrukturen vereinfacht und praxisnaher gestaltet sowie Regelwerke so überarbeitet werden, dass sie verständlich seien und mit vertretbarem Aufwand angewendet werden könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, dass Bürokratieaufwand im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Arbeit reduziert werden müsse. Dennoch seien bestimmte Regelungen sinnvoll und man müsse abwägen, welche entfallen könnten. Sie erinnerte daran, dass die Vorgängerregierung deshalb den sogenannten Praxischeck eingeführt habe. Der Praxischeck führe die Verwaltung mit den von den Maßnahmen Betroffenen zusammen, um Vorschläge für zielführenden Bürokratieabbau zu entwickeln. Die Fraktion begrüßte, dass der jetzige Minister eine Beauftragte für Bürokratieabbau benannt habe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bezeichnete den Antrag als plakativ, da dieser nur wenige konkrete Maßnahmen vorschlage. Die Fraktion der CDU/CSU stehe im Dialog mit den Landwirten und habe dem Bundesministerium

für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zahlreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau mit der Erwartung vorgelegt, dass diese in den laufenden Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt würden. Die Europäische Union sei bedeutsam für Landwirte und viele andere Unternehmen und Deutschland profitiere in vielerlei Hinsicht von der EU. Jedoch seien einige Regelungen der EU zu komplex und zu weitgehend, so dass sie bei den Landwirten Frustration erzeugten und der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe im globalen Wettbewerb schaden.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, der Antrag sei durch die im Koalitionsvertrag aufgenommenen Ziele für den Bürokratieabbau überholt. Der Rückbau von Bürokratie und die Vereinfachung von Förderrichtlinien seien bereits eingeleitet. Zur Bürokratiereduzierung trügen ferner eine Digitalisierung, eine Standardisierung und eine Vermeidung von Doppelerfassungen bei. Die im Antrag geforderte Erhöhung der Fördersätze in der GAK sei eine Frage des Haushaltsrechts und nicht des Bürokratieabbaus.

Die **Fraktion Die Linke** betonte die Steuerungsnotwendigkeit und -leistung von Auflagen und Dokumentationspflichten, z. B. im Umweltbereich, und sprach sich gegen einen pauschalen Regelungsabbau aus. Neben der Belastung durch Bürokratie sähen sich die Landwirte wirtschaftlichem Druck auch durch die steigenden Bodenpreise, die Marktmacht der Saatgut- und Düngemittelunternehmen, die Konkurrenz zwischen den Betrieben und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ertragsfähigkeit der Böden ausgesetzt.

Die **Bundesregierung** verwies auf bereits erfolgte Bürokratiereduzierung bzw. -vermeidung wie die Vereinfachungen in der GAK, die Abschaffung der Stromstoffbilanz und die Verhinderung der EU-Waldmonitoring-Verordnung. Ziel müsse ein gezielter Rückbau und nicht ein pauschales Moratorium sein. Bundesminister Alois Reiter habe jüngst im Rat der Europäischen Union für Erleichterungen im Bereich von Pflanzenschutzmitteln geworben. Das Ministerium habe inzwischen eine Stabsstelle für Bürokratieabbau eingerichtet, die permanent den Rückbau veranlasse und in den neben den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion auch Vorschläge aus der Bund-Länder-Zusammenarbeit einbezogen würden. Die Vorschläge sollten noch in diesem Jahr in einem Rückbaugesetz zusammengefasst werden. Das Instrument Praxischeck werde fortgeführt, z. B. beim Planungs- und Genehmigungsrecht.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/5328 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2026

Benedikt Büdenbender
Berichterstatte

Christian Reck
Berichterstatte

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatte

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatte

Marcel Bauer
Berichterstatte

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.